

6. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 27. April 2015

Die Mitglieder des Duisburger Stadtrates wurden diesmal schon auf dem Rathausplatz von einer kleineren Gruppe **Demonstranten** begrüßt, die gegen die geplante Schließung eines bewohnten Bauwagenplatzes in Homberg demonstrierten. Ein Thema, für das sich einige Ratsmitglieder zwar interessierten, welches aber nicht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand. Auch (wieder) nicht auf der Tagesordnung aber beinahe schon „traditionell“ wurden diese Demonstranten lautstark von den Gegnern des Factory-Outlet-Centers unterstützt.

Die vorliegende Tagesordnung der 6. Ratssitzung war mit 60 öffentlichen Beratungspunkten vergleichsweise kurz. Zudem stand mit der geplanten 200-Millionen-Euro-Kredit-Aufnahme zur Unterstützung der Duisburger Stadtwerke nur ein einziges 'hochbrisantes' Top-Thema an. Die Zusammensetzung der Fraktion, Gruppen und Einzelvertreter im rechten politischen Spektrum hatte sich seit der letzten Sitzung wieder verändert. Für die NPD und ProNRW sitzt nun nur noch je ein einzelner Vertreter im Rat. Zwei Personen, die sich zuletzt noch „Bürgerbewegung ProDuisburg“ genannt hatten, haben sich inzwischen den Republikanern angeschlossen, die jetzt unter dem Namen „REP“ eine Ratsgruppe bilden. Ein weiterer ehemaliger ProNRW/Bürgerbewegung-ProDuisburg-Vertreter sitzt nun einzeln und parteilos im Stadtrat.

Obwohl während der Ratssitzungen von allen oben genannten Mandatsträgern kaum eine Wortmeldung erfolgt und auch keine nennenswerten Anträge oder Anfragen, die zur Bereicherung der Ratssitzungen beitragen könnten, gestellt werden, spielen sie bei Wahlen zur Besetzung von Aufsichtsräten immer eine überraschende und undurchsichtige Rolle. Außerhalb des üblichen Zyklus standen diesmal die Neuwahl des **Aufsichtsrates der „Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH“** und für die **„Zoo Duisburg AG“** auf der Tagesordnung. Die größeren Fraktionen nominieren zunächst ihre Kandidaten und der Oberbürgermeister lässt dann einzeln über diese abstimmen. Im ersten Fall stimmten je 2 „Rechte“ für den CDU-Kandidaten und für den Kandidaten der Linken(!), so dass hier die Grünen das Nachsehen hatten, auf deren Kandidatin nur die 6 Stimmen der eigenen Ratsfraktion entfielen. Im Falle des Aufsichtsrates für den Zoo stimmte eine Vertreterin der REPs für die SPD-Kandidaten, eine AfD-Ratsfrau für die CDU, ein REP' und ein AfD'ler stimmten für die Kandidatin der Grünen und die Vertreterin der NPD, ein ehemaliger AfD-Vertreter, ein ehemaliger ProNRW-Vertreter und der aktuelle ProNRW-Vertreter stimmten überraschend für den gemeinsamen Vorschlag der Fraktion JungesDuisburg/DAL und FDP. Nachdem die Verwaltung dieses „Abstimmungsdurcheinander“ ausgezählt hatte, hatte die SPD drei Vertreter, die CDU zwei und die Linke, sowie JuDU/Dal je einen Vertreter im Aufsichtsrat des Zoos. Auch in diesem Fall verloren die Grünen ihren bisherigen Sitz. Welche Ziele die o.g. Mandatsträger damit verfolgen erschließt sich dem Beobachter nicht, offenbar ist es die reine Freude an der Unberechenbarkeit, die Unsicherheit erzeugen soll.

Anschließend beschloss der Rat einen **einmaligen Zuschuss für den Zoo**, in Höhe von 500.000 Euro. Der städtische Zuschuss wurde zwar ab 2015 ohnehin um jährlich 500.000 Euro erhöht, mit dieser einmaligen Zulage wurde aber quasi ein rückwirkender Zuschuss auch für das Jahr 2014 gestattet. Im Zoo wollte man wohl den diesjährigen Zuschuss nicht für Rückstände aus dem vergangenen Jahr verbrauchen. Die Entscheidung fiel einstimmig.

Kurz danach beschloss der Rat ebenfalls einstimmig einen neuen Mietvertrag zwischen der Stadt und dem Zoo über die (weitere) **Nutzung des Zoo-Parkplatzes** bis zum Jahr 2030. Der Zoo zahlt an die Stadt jährlich 30.000 Euro für die große Parkfläche an der Mülheimer Straße. In der Beschlussvorlage wurde u.a. erwähnt, dass es auf dieser Fläche nachts auch zu Straßenprostitution kommt. Überraschend fragte der Vertreter der AfD, was damit gemeint sei.... Dezernent Krumpholz antwortete diplomatisch, dass dies Erwähnung in der Vorlage gefunden hätte, weil dies auch bei der Berechnung des Mietpreises berücksichtigt wurde.

Bei den folgenden **Jahresabschlüssen und Wirtschaftsplänen** einiger städtischer Gesellschaften enthielten sich die Ratsmitglieder der Freien Demokraten, wie üblich, der Stimme, weil sie nicht in den zuständigen Aufsichtsratsgremium vertreten sind.

In finanzielle Nöte ist offenbar auch die „**Revierpark Mattlerbusch GmbH**“ geraten. Auch hier stimmte der Rat einer einmaligen Erhöhung des städtischen Zuschusses i.H.v. 355.000 Euro zu. Bereits im kommenden Jahr sollen alle Freizeit- und Erholungsparks, die im Ruhrgebiet gemeinsam vom RVR und den jeweiligen Städten betrieben werden, in einer neuen Gesellschaft zusammen gefasst werden. Dadurch erhoffen sich die Verantwortlichen im RVR Einsparungen und verbesserte Einnahmemöglichkeiten. Ob dies eintritt muss abgewartet werden, im Moment galt es nur, das beliebte Schwimmbad im Duisburger Norden zu erhalten. Auch dieser Zuschuss wurde vom Rat einstimmig beschlossen.

Zu ersten längeren Debatten kam es bei der „**Einführung einer Zweitwohnungssteuer**“ in Duisburg. Schon beim lesen der Beschlussvorlage wurde der bürokratische Unsinn deutlich: Die Verwaltung hatte herausgefunden, dass in Duisburg 11.773 Personen von dieser neuen Steuer betroffen seien. Nach den Erfahrungen anderer Kommunen mit der Einführung einer Zweitwohnungssteuer, werden viele Wohnungsbesitzer und Mieter ihre Zweitwohnung zum Erstwohnsitz ummelden oder ihren Zweitwohnsitz ganz verlassen. Ein anderer Teil der Betroffenen wird sich auf Ausnahmetatbestände berufen und ebenfalls nichts an die Stadt zahlen. Tatsächlich geht die Verwaltung davon aus, dass lediglich 3% bis 6% aller veranschlagten Personen auch wirklich etwas zahlen, am Ende werden es maximal noch 700 Personen sein, die jährlich insgesamt bis zu 250.000 Euro an die Stadt zahlen sollen. Abzüglich 168.800 Euro für neu anfallende Personal- und Sachkosten bei der Stadt, verbleiben unter dem Strich rund 81.000 Euro... und eine unnötig große Verärgerung bei vielen Bürgern unserer Stadt. Grüne und Linke enthielten sich hier der Stimme, die FDP und der gesamte „rechte Block“ stimmten dagegen. Auch bei diesem Thema herrschte wieder eine große Einmütigkeit zwischen SPD und CDU.

Nachdem der Rat einstimmig die **Einstellung von 80 Auszubildenden** und Praktikanten bei der Stadtverwaltung im Jahr 2016 beschlossen hatte, stand die **Auflösung der „Förderschule Pestalozzischule“** in Hochheide an. Die Schule ist spezialisiert auf Kinder mit Sprach- und Lernbehinderungen. Nach dem neuen Inklusionsgesetz sollen alle Kinder mit Behinderungen in „normale“ Schulklassen integriert werden und die Duisburger Fachverwaltung geht davon aus, dass viele Eltern davon Gebrauch machen und es dann zu wenige Anmeldungen für den Weiterbetrieb dieser Förderschule geben wird. Die Freien Demokraten hatten bereits in der zuständigen Bezirksvertretung Homberg/Ruhrort/Baerl darauf hingewiesen, dass der LVR (Landschaftsverband Rheinland) neuerdings bereit sei, Förderschulen weiter zu führen und finanziell zu übernehmen, wenn eine Stadt dies nicht mehr kann. Jedenfalls haben die im LVR „regierenden“ Parteien CDU und SPD dies in ihrem Koalitionsvertrag so festgelegt. Auf Nachfrage von Ratsherr Wilhelm Bies erklärte der zuständige Dezernent Krützberg, dass man inzwischen Kontakt mit dem LVR aufgenommen habe und die dortige Verwaltung erklärt habe, dass der LVR keine Schulen übernehmen

wird, für die es zu wenige Anmeldungen gäbe. Die FDP ist der Meinung, dass man die Entwicklungen aus dem neuen Inklusionsgesetzes erst einmal abwarten sollte, denn es könnte ja sein, dass viele Eltern nach einiger Zeit zu dem Schluss kommen, dass ihr Kind doch (wieder) besser eine spezielle Förderschule besuchen sollte, als die Regelschule. Aus diesem Grunde haben sich die Freien Demokraten dagegen ausgesprochen, voreilig eine Förderschule zu schließen. Bis auf den „rechten Block“ waren alle anderen Mandatsträger im Rat anderer Meinung und schlossen sich der Verwaltungsmeinung an. Die Schule wird nun keine neuen Kinder mehr aufnehmen und Mitte 2017 geschlossen werden.

In einer weiteren Vorlage bestätigte der Stadtrat einen Antrag der Bezirksregierung, die die Landesaufnahmeeinrichtung für **Flüchtlinge und Asylsuchende** im ehemaligen Krankenhaus **St. Barbara in Neumühl** bis auf 500 Personen erweitern möchte. Erwartungsgemäß hetzte der Sprecher der Republikaner gegen diesen Beschluss und ertotete empörte Zwischenrufe. Alle anderen Ratsmitglieder erkannten die Notwendigkeit und beschlossen den Antrag.

Eine wünschenswerte aber kostspielige Idee stand danach zur Beratung an. Politik und Verwaltung im RVR planen einen durchgehenden Radweg zwischen Moers und Dortmund. Insgesamt werden die Kosten zur Errichtung des „**Radschnellweges Ruhr RS1**“ auf über 180 Mio. Euro geschätzt. Pro Kilometer Radweg entstehen Kosten i.H.v. 1,83 Mio. Euro! FDP-Ratsherr Wilhelm Bies erklärte, dass es sich um eine nette Idee handele aber zunächst sehr viele andere Probleme gelöst werden sollten. Er wies darauf hin, dass der Rat im Verlauf der weiteren Sitzung über einen Nachtagshaushalt mit neuen Schulden in Höhe von 200 Mio. Euro reden wird. Angesichts dieser Summen wäre es geradezu zynisch, so viele Steuergelder für einen Luxus-Radweg auszugeben. Am Ende stimmten wieder nur die „Rechten“ mit den Freien Demokraten dagegen, alle anderen begrüßten die Idee.

Einstimmig beschloss der Stadtrat die **Errichtung eines neuen Fernbusbahnhofes** auf einer Fläche, direkt neben dem derzeitigen Standort an der Mercatorstraße, vor dem Hauptbahnhof. An der Stelle, an der bisher die Fernbusse an- und abfahren, soll demnächst ein neues Hotel gebaut werden. Da der Baubeginn des Hotels deutlich vor dem Beginn des Umzugs des Busbahnhofes erfolgen wird, muss der gesamte Fernbusbahnhof zwischenzeitlich auf die kleine Straße neben dem Osteingang des Hauptbahnhofes verlagert werden. Die Verwaltung sieht dort die einzig verfügbare Fläche bis zum Neubau an der Mercatorstraße. Für den neuen Fernbusbahnhof soll per Ausschreibung ein Betreiber gefunden werden, der einen Ticket-Shop, Toiletten und einen Warteraum betreibt und pflegt. Insgesamt wird sich die Situation für Kunden und Busfahrer gegenüber der jetzigen deutlich verbessern.

Ohne Diskussion beschloss der Rat die **Erhöhung der Sauna-Eintrittspreise** im Rhein-Ruhr-Bad und im Hallenbad Neudorf, weil der städtische Eigenbetrieb „DuisburgSport“ dafür jetzt 19% Mehrwertsteuer anstatt wie bisher 7% an den Staat abführen muss. Um genau diesen Betrag werden die Preise auch nur erhöht.

Danach wurde die Aufstellung von **diversen Bebauungsplänen im gesamten Stadtgebiet** beschlossen, alle einstimmig und ohne Diskussion. Meist liegt für die betreffenden Orte eine Bauvoranfrage oder ein Antrag zur Änderung der derzeitigen Nutzung vor und meist sind dort Spielhallen, Wettbüros o.ä. geplant, die mit der rechtzeitigen Aufstellung eines Bebauungsplans verhindert werden sollen.

Ideologisch wurde es bei einem Antrag der Linken, in dem gefordert wurde, dass der Duisburger Oberbürgermeister an die zuständigen Tarifparteien appellieren sollte, die „**Eingruppierung von Erzieherinnen und Erziehern**“ spürbar zu verbessern. Für diesen

Antrag stimmten nach längeren Ausführungen der Linken nur die Grünen und die AfD. Die REPs und die Fraktion PSL nahmen an dieser Abstimmung nicht teil, weil sie der Meinung waren, dass dieses Thema nicht im Rat der Stadt beraten werden sollte. FDP, SPD, CDU und JuDu/DAL waren ebenfalls dieser Meinung, deshalb lehnten sie den Antrag auch ab.

Ein weiterer Antrag der Linken, wonach **Asylsuchende in Duisburg eine Gesundheitskarte** (Krankenkassenkarte) erhalten sollten, wurde „auf freundliches Anraten“ der SPD zunächst in den zuständigen Fachausschuss verwiesen. Auch dieses Thema hatte auf den ersten Blick nichts im Stadtrat zu suchen, hier scheuten sich viele Ratsmitglieder aber, das Thema direkt abzulehnen, zumal es einige Städte gibt, die diese Idee bereits erfolgreich umsetzen. Bevor man hier entscheidet, muss ausführlich recherchiert und beraten werden, denn die Kosten für erkrankte Asylbewerber trägt ohnehin die Stadt, es würde lediglich (für die Asylbewerber) der Umweg über die Sozialverwaltung vermieden.

Dann kam es zum eigentlichen Top-Thema des Tages: ein **Nachtragshaushalt für 2015**, bei dem ein **neuer städtischer Kredit in Höhe von 200 Millionen Euro** aufgenommen werden soll. Das Geld soll an die Duisburger Stadtwerke weitergeleitet werden, die durch die Folgen der deutschen Energiewende aber auch durch politische Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre (z.B. der Kauf der STEAG) in finanzielle Nöte geraten sind. Viele Jahre lang konnten mit den erwirtschafteten Gewinnen der Stadtwerke die Verluste beim öffentlichen Personennahverkehr (DVG) ausgeglichen werden (jährlich 40 bis 50 Mio. Euro), das ist jetzt nicht mehr möglich, da die Stadtwerke kaum noch Gewinne erzielen. Unter den Ratsmitgliedern brach ein Streit darüber aus, wer die Schuld dafür trägt und wie die Stadtwerke zukünftig wieder erfolgreicher arbeiten könnten.

Ratsherr Wilhelm Bies begründete die Ablehnung der **Freien Demokraten** und erklärte, dass dieser Zuschuss die eigentlichen Probleme nicht löse, die Sorgen also nur vertagt würden. Denn die DVG wird weiterhin einen jährlichen Zuschussbedarf von 40 bis 50 Mio. Euro haben und nach wie vor ist nicht erkennbar, dass das Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien (EEG) und die Folgen der deutschen Energiewende verändert würden.

Der „**grüne**“ Ratherr Sait Keles provozierte den Oberbürgermeister, indem er ihm und dem Rat vorwarf, die Misere sei ´hausgemacht´, denn die eigentliche Energiewende sei bereits im Jahr 2000 durch die damalige Bundesregierung unter Beteiligung der Grünen eingeläutet worden. Die Stadtwerke hätten aber dennoch weiter an der Stromerzeugung durch Kohle festgehalten, weshalb es nun zu den genannten Problemen käme. Der Oberbürgermeister konnte nicht an sich halten und bezeichnete die Energiewende in seiner aufgeregten Antwort als „schwachsinnig“.

Der ehemalige AfD-**Ratsherr Holger Lücht** forderte angesichts der Dimensionen des Nachtragshaushaltes den Rücktritt des Oberbürgermeisters und des Kämmers. Zur Verdeutlichung führte er aus, dass z.B. die Stadt München in diesem Jahr eine Neuverschuldung in Höhe von 60 Mio. Euro verabschiedet hätte, während in Duisburg per Nachtragshaushalt „mal eben“ eine Neuverschuldung von 200 Mio. Euro beschlossen würde.

Die Linke bemängelte nur die schwachen Informationen durch die Verwaltung, ansonsten war der Rede der Vorsitzenden weder Zustimmung noch Ablehnung zu entnehmen.

Ratsherr Karsten Vüllings von der **Fraktion PSL** fragte Stadtkämmerer Dr. Peter Langner nach den Erlösen aus einem Stadtwerke-Anteilsverkauf aus dem Jahr 2001. Er wollte wissen, wie viel des damaligen Erlöses (ca. 100 Mio. Euro) noch im Portfolio der DVV vorhanden sei.

Diese Frage konnte der Kämmerer jedoch „so Ad hoc“ nicht beantworten, was den meisten Anwesenden sehr unglaublich erschien. Die Antwort soll im Protokoll der Sitzung erfolgen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Enzweiler erklärte dem Rat ´staatstragend´ den steuerlichen Verbund zwischen Stadtwerken und DVG innerhalb der DVV, der ca. 14 Mio. Euro jährlich ausmache. Wenn dieser aufgelöst würde, müsste die Stadt die jährlichen Verluste der DVG ausgleichen und weitere 40 Mio. wären im jährlichen Haushaltsplan der Stadt nicht unterzubringen. Er bezeichnete den Nachtragshaushalt inklusive der 200-Mio.-Euro-Kreditaufnahme nicht als „Notsituation“, sondern als „vernünftiges Invest“, womit an dieser Stelle bereits klar war, dass die CDU dem zustimmen wird.

Eine Inszenierung der besonderen Art erlebten die Ratsmitglieder bei der Wortmeldung des **SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Mettler**. Er erklärte kurz, dass seine Fraktion dem Nachtragshaushalt „natürlich zustimmen wird“ um dann eine Frage an den Kämmerer zu stellen, deren Antwort ihm sicherlich längst bekannt war, nämlich, ob der städtische Haushalt für 2015 bereits durch die Bezirksregierung (zuständige Finanzaufsicht) genehmigt sei. **Stadtkämmerer Dr. Peter Langner** erläuterte langatmig, dass alles von der Verwaltung sorgfältig vorbereitet wurde und der Haushaltsplan seiner Meinung nach schon lange genehmigungsfähig sei. Der Stadt wurde aber bisher keine Genehmigung zugesendet, weil die zuständigen Mitarbeiter der Bezirksregierung die jetzige 200-Mio.-Euro-Kapitalerhöhung der Stadtwerke mit dem Haushaltsplan verknüpfen wollten. Diese Vorgehensweise konnte der Kämmerer (angeblich) „absolut nicht nachvollziehen“. Der SPD-Fraktionsvorsitzende bekräftigte mit Unterstützung des Oberbürgermeisters die Kritik an der Bezirksregierung und forderte mit harschen Worten wie z.B. „Druck machen“ die baldige Genehmigung des Duisburger Haushaltsplans, unabhängig von dem jetzt vorliegenden Nachtragshaushalt. In diesem arrangierten Dialog zwischen SPD-Fraktion, dem SPD-Oberbürgermeister und dem SPD-Kämmerer, wurde die grundsätzliche Haltung „der Genossen“ zu öffentlichen Finanzen und Schulden sehr deutlich....

Da ein Nachtragshaushalt laut Gemeindeordnung nie eingebracht und in der selben Sitzung auch beschlossen werden darf, fand diesmal nur die Diskussion dazu statt, der eigentliche Beschluss soll dann in einer extra dafür anberaumten **Sondersitzung des Duisburger Stadtrates am 18. Mai 2015** erfolgen. Da SPD und CDU bereits jetzt ihre Zustimmung signalisiert haben, kommt es im Mai nicht mehr darauf an, ob Grüne und/oder Linke (oder alle anderen kleineren Gruppierungen) zustimmen oder ablehnen. So werden die Duisburger am 18. Mai abermals Zeuge, wie die CDU (ein weiteres mal) parat steht, um der SPD eine Mehrheit für ihre zweifelhaften Positionen und Beschlüsse zu verschaffen, obwohl es weder einen offiziellen Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU gibt, noch erkennbar ist, an welcher Stelle und bei welchem Thema die SPD einer CDU-Position zustimmen wird.

Ein **gemeinsamer Antrag von PSL, FDP, Grüne und Linken**, wonach Beschlussvorlagen im Stadtrat und in den Ausschüssen stets 4 Tage vor Sitzungsbeginn postalisch bei allen Mandatsträgern eingegangen sein müssen, wurde ebenfalls von SPD und CDU abgelehnt.

Die Zustimmung zur „**Behebung der brandschutztechnischen Mängel im großen Saal der Mercatorhalle**“ in Höhe von 9.873 Mio. Euro wurde anschließend ohne weitere Diskussionen einstimmig beschlossen.

Am 18. Mai 2015 ist eine Sondersitzung des Stadtrates zur Genehmigung des Nachtragshaushaltes geplant. Die nächste reguläre Sitzung findet dann erst wieder am 22. Juni statt. Danach werden wir Sie wieder gerne und umfassend informieren.